

Inhalt

Schwerpunktthema: Welfare Mix

- Evers: Konzept des Wohlfahrtsmix
- Klie: Welfare Mix – Elf Thesen
- Tabatt-Hirschfeldt: Bürgerschaftliches Engagement im Welfare Mix
- Hilse/ Opielka: Koproduktion und Welfare Mix
- Kuhn: Nur gemeinsam sind wir stark
- Klein: Bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum

LÄNDERBERICHTE

- Klimaschutzplan NRW: Ergebnisse erste Beteiligungsphase
- BürgerInnenräte in BaWü: Evaluation und Fortsetzung
- 10 Jahre Isfb in Berlin: Veranstaltung
- Bürgergenossenschaften und Bürgerbeteiligung: Tagung
- Jugendforum Rheinland-Pfalz: Feedback der Regierung

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- UA Bürgerschaftliches Engagement: Konstituierende Sitzung
- Bundesinnenminister, Ehrenamt und Bevölkerungsschutz
- Neuer Ausschuss »Digitale Agenda« konstituiert
- Programme gegen Rechtsextremismus: Kleine Anfrage
- Abgeordnetenbestechung: Transparency begrüßt Beschluss

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Workshop zum demografischen Wandel: Bericht
- INKA-Befragung: Aufruf zur Teilnahme
- Tagung Soziale Stiftungen in der Zivilgesellschaft: Dokumentation
- BBE zu Gast bei der Deutschen Telekom AG: Noch freie Plätze
- AG 3 »Freiwilligendienste«: Sitzungsbericht
- Neue Mitarbeiterin in der Civil Academy

- BBE-Mitglied des Monats: Deutsche Morbus Crohn/ Colitis ulcerosa Vereinigung

FACHDISKURS

- Konfliktbearbeitung - Macht - Demokratie: Tagung
- Männer als Paten von Kindern: Veranstaltung
- Lernen durch Engagement: Veranstaltung
- Austauschforum für Freiwilligenbörsen in Bremen: Veranstaltung
- Orte der Kultur und Begegnung: Wettbewerb
- Startschuss für den Deutschen Bürgerpreis
- Ziekow/Debus/Musch: Informationsfreiheitsrecht
- Mitleger-Lehner: Recht für Selbsthilfegruppen
- Hinweis

Schwerpunktthema: Welfare Mix

nach oben

Evers: Konzept des Wohlfahrtsmix

In seinem Gastbeitrag behandelt Prof. Dr. Adalbert Evers, Sprecher der AG 10 des BBE, das »Konzept des Wohlfahrtsmix, oder: Bürgerschaftliches Engagement als Koproduktion«. Im Zentrum seiner grundsätzlichen Überlegungen stehen Fragen nach einer Neuordnung des Verhältnisses von Staat, Markt und Bürgergesellschaft, d.h. im sozialpolitischen Bereich: nach einem anderen Wohlfahrtsmix. Er skizziert, wie lang anhaltende Gewissheiten seit den 1980er Jahren in eine Krise geraten sind. Zugleich zeigt er auf, wo und wie es im Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft hapert. Eine besondere Herausforderung sieht er darin, bürgerschaftliches Engagement und Partizipation in konkreter Weise in Form einer Koproduktion von Wohlfahrt zu verbinden: »Ehrenamt« und »Mitsprache« dürfen nicht länger getrennt gedacht werden, wenn aus innovativen Projekten und Engagement Anstöße für einen anderen Wohlfahrtsmix werden sollen.

Gastbeitrag von Adalbert Evers unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/NL04_Gastbeitrag_Evers.pdf (158 kB)

nach oben

Klie: Welfare Mix – Elf Thesen

In elf Thesen diskutiert Prof. Dr. Klie, Professor für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft an der Evangelischen Hochschule Freiburg und Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) in Freiburg und Hamburg, das Thema Welfare Mix. Ausgangspunkt ist die These, dass die Produktion sozialer Wohlfahrt nicht nur in den Händen von Staat und Markt liegt,

sondern ganz Wesentlich in denen von Familien, Nachbarschaften und den vielfältigen Formen gesellschaftlicher Solidarität. Die daraus entstehenden Verhältnisse, Herausforderungen und Chancen lassen sich am besten mit dem Konzept des Wohlfahrtspluralismus fassen. Diese sind nicht frei von Problemen und Gefahren, aber angesichts demografischer und sozialer Entwicklungen ohne echte Alternative. Positiv gewendet laden wohlfahrtspluralistische Ansätze dazu ein, staatliche Steuerungskonzepte, professionelle Rollenverständnisse, unternehmerische Strategien und kommunale Verantwortung einer Revision zu unterziehen.

Gastbeitrag von Thomas Klie unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/NL04_Gastbeitrag_Klie.pdf (173 kB)

nach oben

Tabatt-Hirschfeldt: Bürgerschaftliches Engagement im Welfare Mix

In ihrem Gastbeitrag behandelt Prof. Dr. Andrea Tabatt-Hirschfeldt, Hochschule für angewandte Wissenschaften/ Fachhochschule Coburg, »Bürgerschaftliches Engagement im Welfare Mix«. Der Beitrag befasst sich mit dem veränderten Stellenwert bürgerschaftlichen Engagements im Wohlfahrtsmix und dessen gesamtgesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen. An Beispielen zeigt sie, wie BürgerInnenbeteiligung unter Einsatz neuer Technologien im politischen Prozess eingebettet ist. Dabei zeigt sie Muster politischer Unterwanderung und diskutiert Bedingungen der Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in den Wohlfahrtsmix.

Gastbeitrag von Andrea Tabatt-Hirschfeldt unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/NL04_Gastbeitrag_Tabatt-Hirschfeldt.pdf (249 kB)

nach oben

Hilse/ Opielka: Koproduktion und Welfare Mix

In ihrem Gastbeitrag schreiben Theresa Hilse, Dipl. Soz.arb./Soz.päd. (FH), wissenschaftliche Mitarbeiterin, und Prof. Dr. Michael Opielka, Professor für Sozialpolitik an der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena über »Koproduktion und Welfare Mix«. Hintergrund der Ausführungen ist das Projekt »KoAlFa - Koproduktion im Welfare Mix der Altenarbeit und Familienhilfe«. Ausgehend vom flexiblen Konzept des »Arrangements der Wohlfahrtsproduktion« stellen sie das Koproduktionsdreieck als zentrale Heuristik und Arbeitshypothese des Forschungs- und Entwicklungsprojektes KoAlFa am Beispiel der Demenzversorgung dar. Das Verhältnis von Koproduktion und Wohlfahrtsmix bedarf dabei einer synthetischen Leistung, denn das Koproduktionsdreieck lässt Akteursgruppen erkennen (z.B. Familie, Fachkräfte, Freiwillige und Erkrankter), während mit dem Begriff des Welfare Mix die Kooperation bzw. Konkurrenz von Systemen, wie etwa Staat, Wirtschaft und Dritter Sektor gemeint ist.

Gastbeitrag von Theresa Hilse und Michael Opielka unter

[http://www.b-b-e-](http://www.b-b-e.de)

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/NL04_Gastbeitrag_Hilse_Opielka.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/NL04_Gastbeitrag_Hilse_Opielka.pdf) (181 kB)

nach oben

Kuhn: Nur gemeinsam sind wir stark

In seinem Gastbeitrag behandelt Ulrich Kuhn, Geschäftsführer des Netzwerkes Soziales neu gestalten (SONG), »Wohlfahrtsträger als Partner lokaler Verantwortungsgemeinschaften«. Im Zentrum seiner Ausführungen stehen die demografischen Herausforderungen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Pflege. Der wachsende Sorge- und Pflegebedarf überfordert die Leistungskraft jedes einzelnen Sektors wie auch informeller Strukturen. Notwendig sind für Kuhn daher lokale Verantwortungsgemeinschaften mit einer sektorübergreifenden Kooperationskultur: »Es geht somit um die Gestaltung eines Welfare-Mix, der die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Sektoren Staat, Markt, gesellschaftliche Assoziationen und informelle soziale Netze überwindet und ihre spezifischen Leistungen in fruchtbarer Weise verknüpft.« Das aber verlangt auch politische Reformen, um zu veränderten Steuerungs- und Anreizmechanismen zu kommen.

Gastbeitrag von Ulrich Kuhn unter

[http://www.b-b-](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/NL04_Gastbeitrag_Kuhn.pdf)

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/NL04_Gastbeitrag_Kuhn.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/NL04_Gastbeitrag_Kuhn.pdf) (190 kB)

nach oben

Klein: Bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum

Beim Zukunftsforum auf der Grünen Woche hielt PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE, einen Vortrag zur Wohlfahrtsmixthematik im ländlichen Raum. Dabei diskutiert er strukturschwache ländliche Räume als eine Herausforderung, die neue Kooperationskulturen verlangt. Obgleich in strukturschwachen Regionen bürgerschaftliches Engagement wichtige Impulse und Beiträge für notwendige, zukunftsorientierte Entwicklungen leisten kann, ist die Zivilgesellschaft im Rahmen vieler vorhandener Kooperationskulturen noch nicht hinreichend berücksichtigt. Dies gilt nicht nur für den Staat, sondern ebenso für die Wirtschaft: »Die Entwicklung einer Kooperationskultur zwischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft und der Rückgriff der Engagement- und Partizipationsförderung auf den Diskurs der Nachhaltigkeit machen zentrale Themen der zukünftigen Debatte und eine gemeinsame Agenda auch von Zivilgesellschaft und Wirtschaft deutlich.«

Beitrag von Ansgar Klein beim Zukunftsforum unter

http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/Dokumente/Downloads2014/Beitraege2014/AbschlKlein.pdf

nach oben

LÄNDERBERICHTE

nach oben

Klimaschutzplan NRW: Ergebnisse erste Beteiligungsphase

Im Land Nordrhein-Westfalen wird in einem breiten Partizipationsprozess ein Klimaschutzplan mit Maßnahmen und Strategien zur Erreichung der Ziele des Klimaschutzgesetzes erstellt. An der ersten Phase der vom Wuppertal Institut entwickelten und begleiteten Beteiligung nahmen über 400 VertreterInnen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Kommunen teil. Erste Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen stehen zur Verfügung. Das Wuppertal Institut hat gemeinsam mit den Teilnehmenden der Arbeitsgruppen Treibhausgasemissionsszenarien für NRW bis 2050 aufgestellt, die derzeit einer Impactanalyse unterzogen werden.

Weitere Informationen unter
<http://www.klimaschutz.nrw.de/dokumente/ueberblick/>

nach oben

BürgerInnenräte in BaWü: Evaluation und Fortsetzung

Nach der Evaluation des Projekts BürgerInnenräte in Baden-Württemberg im Dezember 2013 läuft das Programm auch 2014 weiter. Stärker als bisher sollen die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg beteiligt werden. Das soll unter anderem mit dem Projekt »BürgerInnenrat« gelingen. Dabei werden nach dem Zufallsprinzip 12 bis 15 Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde oder Region für den BürgerInnenrat ausgewählt. Sie erarbeiten in einem moderierten Dialog Empfehlungen zu Fragestellungen oder Vorhaben der Gemeinde oder diskutieren Themen und Anliegen aus den Reihen der Bürgerschaft. Das Zufallsprinzip soll dazu beitragen, dass es um Themen geht, die die Menschen in ihrer Gemeinde beschäftigen. Der BürgerInnenrat trifft keine politischen Entscheidungen, sondern soll durch neue Impulse die Arbeit der demokratisch legitimierten Gremien ergänzen.

Weitere Informationen unter
<http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/de/Aktuelles/278066.html>

nach oben

10 Jahre Isfb in Berlin: Veranstaltung

Vor zehn Jahren gründeten zwanzig Schulfördervereine den »landesverband schulischer fördervereine berlin-brandenburg e.v. (Isfb)«. Heute zählt der Isfb über 600 Vereine aus Schulen und Kindertagesstätten als Mitglieder. Unter dem Motto »Engagement mit Wirkung - 10 Jahre aktiv für Schulen und Kitas« findet im Roten Rathaus in Berlin am 18. März 2014 eine Jubiläumsveranstaltung statt.

Marcel Jahn trägt über das Thema vor: »Wie demokratisch sind unsere Schulen?« und Jana Priemer gibt einen Kurz-Input zum »Zivilgesellschaftlichen Engagement für Bildung«, gefolgt von einer Podiumsdiskussion.

Weitere Informationen unter
<http://www.lsfb.de>

nach oben

Bürgergenossenschaften und Bürgerbeteiligung: Tagung

Am 20. März 2014 findet in Sulzfeld in Baden-Württemberg eine Tagung zum Thema »Bürgergenossenschaften: Eine gelebte Form der Bürgerbeteiligung!?« statt. Veranstalter sind die Allianz für Beteiligung, die Gemeinde Sulzfeld und das Gemeinденetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Veranstaltungsort ist der im Oktober 2013 im Wettbewerb »Leuchttürme der Bürgerbeteiligung« prämierte genossenschaftliche Bürgerbahnhof Sulzdorf. Die Veranstaltung ist auch als Netzwerk- und Kontakttreffen der AkteurInnen gedacht, die sich in Nordbaden zum Thema Bürgerbeteiligung engagieren. Nach einer Begrüßung durch Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, stehen Erfahrungen von Bürgergenossenschaften in verschiedenen Themenfeldern in Baden-Württemberg im Fokus der weiteren Veranstaltung.

Weitere Informationen unter
http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/PDF_Download/Einladung_Web.pdf

nach oben

Jugendforum Rheinland-Pfalz: Feedback der Regierung

Unter dem Motto »liken, teilen, was bewegen – jugendforum rlp« hatten die Staatskanzlei und die Bertelsmann Stiftung in Mai 2012 ein landesweit angelegtes Beteiligungsprojekt für und mit Jugendlichen gestartet. Die online und offline zusammen getragenen Vorschläge und Wünsche wurden in einem Jugendmanifest festgehalten und in den vergangenen Monaten in allen Ministerien des Landes geprüft. Die Landesregierung hat jetzt ihr Feedback dazu veröffentlicht und zuvor am 5. Februar 2014 in einer per Livestream dokumentierten Feedbackveranstaltung dargestellt und erläutert.

Weitere Informationen unter
<http://www.jugendforum.rlp.de/dito/explore?action=cmsjournalshow&id=1539>

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

nach oben

UA Bürgerschaftliches Engagement: Konstituierende Sitzung

Am 12. März 2014 findet die öffentliche konstituierende Sitzung des Unterausschusses »Bürgerschaftliches Engagement« statt, der am 12. Februar 2014 vom Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen

Bundestages für die Dauer der 18. Wahlperiode eingesetzt worden ist. BesucherInnen, die an der konstituierenden Sitzung teilnehmen wollen, können sich mit ihrem Namen, Vornamen und Geburtsdatum bis spätestens zum 10. März 2014 per E-Mail im Sekretariat des Unterausschusses anmelden. Eine Bestätigung erhält man nicht, nur eine Absage, wenn eine Teilnahme an der Sitzung im Paul-Löbe-Haus nicht mehr möglich sein sollte. Nach der konstituierenden Sitzung werden wieder Informationen über die Arbeit des Unterausschusses (z.B. Mitgliederliste, Tagesordnungen, Pressemitteilungen) auf den Internetseiten des Deutschen Bundestages zur Verfügung stehen.

Kontakt Sekretariat des UA Bürgerschaftliches Engagement unter
Email: buergerschaftliches.engagement@bundestag.de

nach oben

Bundesinnenminister, Ehrenamt und Bevölkerungsschutz

Bundesinnenminister De Maizière traf sich am 26. Februar 2014 zu einem Auftaktgespräch zum Thema Bevölkerungsschutz und Ehrenamt mit Spitzen des Zivil- und Katastrophenschutzes. An dem Gespräch nahmen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst, Deutscher Feuerwehrverband und die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk teil. Nicht allein die rund 1,7 Millionen freiwilligen, dauerhaften HelferInnen im Bevölkerungsschutz waren ein Thema, sondern ebenso die über soziale Netzwerke organisierbaren SpontanhelferInnen und deren Einbindung. Der Innenminister sprach sich mit einer klaren Zielstellung für bessere Rahmenbedingungen und Anerkennungsmöglichkeiten für ehrenamtliches Engagement aus: »Wir wollen, dass es denjenigen, die sich freiwillig engagieren, besser geht als denen, die sich nicht für unser Gemeinwesen engagieren«.

Weitere Informationen unter
http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2014/02/aufakt_tgesprach-bevoelkerungsschutz.html

nach oben

Neuer Ausschuss »Digitale Agenda« konstituiert

In der vergangenen Legislatur gab es die Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«, jetzt ist Digitalität als Ausschuss im Bundestag verankert. Am 19. Februar 2014 konstituierte sich der Ausschuss für »Digitale Agenda« in nichtöffentlicher Sitzung. Jens Koeppen (CDU/CSU) ist Vorsitzender. Der Ausschuss »Digitale Agenda« hat keine federführende, sondern nur eine beratende Funktion. Die Mitglieder des Ausschusses sind: Für die CDU/CSU Maik Beermann, Hansjörg Durz, Thomas Jarzombek, Jens Koeppen, Andreas Nick, Tankred Schipanski, Christina Schwarzer, für die SPD Saskia Esken, Christian Flisek, Christina Kampmann, Lars Klingbeil, Gerold Reichenbach, für Die Linke Herbert Behrens, Halina Wawzyniak und für Bündnis 90/Die Grünen Dieter Janecek, und Konstantin von Notz.

Weitere Informationen unter
<http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a23/index.jsp>

nach oben

Programme gegen Rechtsextremismus: Kleine Anfrage

Die Fraktion Die Linke hat am 10. Februar 2014 eine Kleine Anfrage (18/467) zur geplanten Präventionspolitik der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus gestellt. Sie will unter anderem erfahren, ob die drei Programme »Toleranz fördern - Demokratie stärken«, »Initiative Demokratie stärken« und »Zusammenhalt durch Teilhabe« fortgeführt oder in ähnlicher Form neu aufgelegt werden sollen. Zudem möchte die Fraktion wissen, ob die Regierung unterschiedliche Präventionsprogramme weiterhin unter dem Stichwort »Extremismus« führen und damit eine begriffliche Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene verfolgen will. Schließlich fragt sie auch danach, ob eine finanzielle Beteiligung der Bundesländer an den Programmen geplant ist und welche Mittel für die Programme im Bundeshaushalt 2014 vorgesehen sind.

Kleine Anfrage unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/004/1800467.pdf>

nach oben

Abgeordnetenbestechung: Transparency begrüßt Beschluss

Transparency International Deutschland (TID) begrüßt die am 21. Februar 2014 mit großer Mehrheit durch den Deutschen Bundestag beschlossene Verschärfung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung. Damit ist das wesentliche Hindernis zur Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption überwunden, die Deutschland im Jahr 2003 schon unterschrieben, aber im Unterschied zu 170 anderen Staaten noch nicht ratifiziert hatte. Gleichzeitig bedauerte TID, dass der Straftatbestand der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB) nicht in den Vortatenkatalog des Geldwäschetatbestandes aufgenommen wurde, so wie es Artikel 23 der UN-Konvention gegen Korruption vorsieht.

Weitere Informationen unter

http://www.transparency.de/2014-02-21_Abstimmung-Abgeordn.2462.0.html

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Workshop zum demografischen Wandel: Bericht

Bürgerschaftliches Engagement im Demografischen Wandel ist auch in diesem Jahr eines der Schwerpunktthemen in der Arbeit des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. In diesem Kontext fand am 26. Februar 2014 der Workshop »Die Rolle des Bürgerschaftlichen Engagements im demografischen Wandel - Positionen des BBE« bei der GENERALI Holding AG in Köln statt. Unter Mitwirkung von MitarbeiterInnen aller Arbeitsgruppen des BBE wurde im Rahmen des Workshops das Diskussionspapier der Arbeitsgruppe »Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement« des BBE bearbeitet. Ca. 30 Teilnehmende diskutierten hierzu Eckpunkte und Anforderungen für wichtige Handlungsbereiche im Themenfeld. Die erarbeiteten

Ergebnisse fließen in das Diskussionspapier ein und werden in ein gemeinsames Konsenspapier des Netzwerks zur Rolle des Bürgerschaftlichen Engagements im Demografischen Wandel münden. Der Workshop fand im Rahmen der strategischen Partnerschaft des BBE mit dem GENERALI Zukunftsfonds im Themenfeld Demografischer Wandel statt.

nach oben

INKA-Befragung: Aufruf zur Teilnahme

Im Rahmen des Forschungsprojektes INKA führt die Universität Greifswald derzeit eine Online-Befragung durch. Die Befragung richtet sich an Ehrenamtliche im Bereich Krisenmanagement und Katastrophenschutz. Ziel der Befragung ist es, die Anreize für eine Aufnahme bzw. die Bedingungen für die Aufrechterhaltung ehrenamtlicher Tätigkeit im Bereich Krisenmanagement und Katastrophenschutz zu optimieren. Der Zeitaufwand der Befragung beträgt etwa 15 bis 20 Minuten. Ansprechpartnerin für die auch mögliche Beantwortung auf Fragebögen in Papierform (inklusive frankiertem Rückumschläge) sowie für Fragen und Anregungen ist Diana Kietzmann.

Befragung unter

http://www.unipark.de/uc/Gf_UniGreifswald_Schmidt_LS/86f3/

Kontakt Diana Kietzmann unter

E-Mail: diana.kietzmann@uni-greifswald.de

Tel.: 03834 86 3138

nach oben

Tagung Soziale Stiftungen in der Zivilgesellschaft: Dokumentation

Am 13. Februar 2014 luden das Land Brandenburg und die Stiftung »Großes Waisenhaus zu Potsdam« zur Tagung »Soziale Stiftungen in der Zivilgesellschaft: aktivieren – kooperieren – gestalten« ein. Gemeinsam diskutierten die Teilnehmenden, wie Stiftungen bürgerschaftliches Engagement fördern und wie Kooperationen von Stiftungen mit Vereinen, öffentlicher Hand und Unternehmen gelingen können. Andreas Pautzke gab für das BBE eine Einführung in die Arbeitsgruppe »Engagementförderung durch Stiftungen«.

Dokumentation unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/NL04_Tagungsdokumentation.pdf (4 MB)

nach oben

BBE zu Gast bei der Deutschen Telekom AG: Noch freie Plätze

Die Veranstaltungsreihe »BBE zu Gast bei ...« lädt zum Besuch bei einem Mitgliedsunternehmen des Bundesnetzwerks ein. Dabei kommen Gäste aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit dem gastgebenden Unternehmen zu einem gesellschaftlichen Thema in Austausch und Gespräch. Am 12. März 2014 findet die zweite Veranstaltung der BBE-Reihe unter dem Titel »Corporate Volunteering im Spiegel der Generationen« bei der Deutschen Telekom AG in Bonn statt. Thema dieses Austauschs werden Corporate Volunteering-Strategien

im Hinblick auf unterschiedliche Altersgruppen in Unternehmen sein. Einige Plätze sind noch vorhanden. Eine Anmeldung ist bis zum 7. März 2014 möglich.

Weitere Informationen und Programm unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/02/NL03_Flyer_BBE_zu_Gast_bei_Telekom.pdf

nach oben

AG 3 »Freiwilligendienste«: Sitzungsbericht

Zwei Themenkomplexe standen im Mittelpunkt der Sitzung der AG 3 am 25. Februar 2014 bei der LandesEhrenamtsagentur Hessen in Frankfurt: Die Äußerungen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung zum Thema Freiwilligendienste (FD) (Newsletter Nr. 25 vom 12.12.2013, Koalitionsvertrag S. 111/112) und das Positionspapier »Freiwilligendienste« des DGB vom 21.08.2013. Die Koalition will am Bundesfreiwilligendienst und an den Jugendfreiwilligendiensten festhalten. Das wird von den Teilnehmenden nicht grundsätzlich infrage gestellt. Sie kritisieren allerdings die Unverbindlichkeit der Aussagen, die fehlende Bereitschaft für eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands und die Vermischung des Wehrdienstes mit den FD in einem »Gesamtkonzept des freiwilligen Engagements«. Bezüglich des Vorhabens, die Zuständigkeit für alle geregelten Auslandsfreiwilligendienste dem BMFSFJ zuzuordnen, gibt es unterschiedliche Positionen. Die Träger von FD, die bisher anderen Ministerien zugeordnet waren, sprechen sich gegen eine Veränderung der Zuständigkeit aus. Wie kann die Arbeitsmarktneutralität der FD konkret gesichert werden, fragt der DGB vor dem Hintergrund der heute schon offenkundigen Unterfinanzierung staatlicher Regelaufgaben im sozialen Bereich. Zwei Vorschläge unterbreitet Peter Klenter, Jurist und Autor des Positionspapiers: Staatliche Förderung nur für »gemeinnützige« Tätigkeiten zulassen und die Mitwirkung von Betriebs- bzw. Personalräten bei der Ausweisung von Stellen zwingend vorschreiben. Die TeilnehmerInnen halten die Einschränkung der Förderung auf gemeinnützige Einrichtungen für ein nicht hinreichendes Instrument zur Sicherung der Arbeitsmarktneutralität, denn auch die gemeinnützigen Einrichtungen unterliegen ökonomischen Zwängen. Auch diese sehen sich aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Bedarfe gezwungen, immer mehr bezahltes Personal und wo dieses fehlt bzw. nicht finanzierbar ist Freiwillige einzusetzen. Die TeilnehmerInnen stimmen darin überein, dass für die Sicherstellung der Arbeitsmarktneutralität die Begleitung der FW eine bedeutsame Rolle spielt. Die Träger können die Freiwilligen in ihren Rechten stärken und bei Besuchen und Gesprächen wahrnehmen, was mit den FW in den Einsatzstellen geschieht. Die AG will sich genauer mit dieser Frage befassen, welche Konzepte der Begleitung es gibt und wie sie tatsächlich stattfindet, vor allem auch bei der Gruppe Ü27.

nach oben

Neue Mitarbeiterin in der Civil Academy

Seit März 2014 ist Heidemarie Rubart neue Programmleiterin der »Civil Academy«, zunächst kommissarisch bis Ende des Jahres. Die Diplompädagogin war u. a. in der Stiftung Demokratische Jugend als Bereichsleiterin für verschiedene Programme und Projekte verantwortlich, die darauf gerichtet waren, das Engagement junger Menschen in Ostdeutschland zu fördern. Als

freiberufliche Trainerin und Supervisorin verfügt sie über langjährige Seminarerfahrung. Sie ist zudem im BBE ehrenamtlich engagiert als stellvertretende Sprecherin der AG 8 »Demografischer Wandel«, als Mitglied im Koordinierungsausschuss und zuletzt übernahm sie die Rolle der Beauftragten des Sprecherrates für Demografie.

nach oben

BBE-Mitglied des Monats: Deutsche Morbus Crohn/ Colitis ulcerosa Vereinigung

Die Deutsche Morbus Crohn/ Colitis ulcerosa Vereinigung (DCCV) ist der Selbsthilfeverband für die 350.000 Menschen mit einer chronisch entzündlichen Darmerkrankung und primär sklerosierenden Cholangitis in Deutschland. Sie setzt sich für die Verbesserung der medizinischen Versorgung ein und informiert die Öffentlichkeit über die Krankheitsbilder. Das Hauptziel der DCCV ist seit ihrer Gründung 1982 Hilfe zur Selbsthilfe: »Das emanzipatorische Leitbild ›Von Betroffenen für Betroffene‹ ist ein zentraler Pfeiler unserer Verbandsidentität. Aus diesem Selbstverständnis heraus fördern wir das Engagement der Betroffenen hin zu mehr Partizipation, Selbstorganisation und Eigenverantwortung.« Derzeit sind etwa 70 Menschen aktiv, um zu beraten, Veranstaltungen zu organisieren und die 260 lokalen Selbsthilfegruppen zu unterstützen. Zudem führt die DCCV Projekte wie die »Jugendfreizeit« durch, durch die jedes Jahr 24 Jugendliche lernen, mit ihrer Erkrankung selbstständig und selbstbewusst umzugehen und ihr Mitspracherecht bei der Behandlung wahrzunehmen.

Weitere Informationen zur DCCV unter
<http://bit.ly/1hXuNoT>

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Konfliktbearbeitung - Macht - Demokratie: Tagung

Vom 21. bis 23. März 2014 findet in Berlin eine Tagung zum Thema »Macht zivile Konfliktbearbeitung Demokratie?« statt. Veranstalter ist die Evangelische Akademie Villigst. Ausgehend von der demokratischen Entwicklung in Deutschland wird das Verhältnis von Partizipation (Zivilgesellschaft), Repräsentation (Parteien) und Regierungshandeln im Hinblick auf Friedens-, Entwicklungs- und Menschenrechtsförderung befragt. Wo liegen Chancen und Grenzen zivilgesellschaftlicher Akteure, zu mehr Demokratie von unten beizutragen? Welche Widersprüche ergeben sich in der eigenen Arbeit, welche Ansprüche an die deutsche Politik? Was ändert sich, wenn man auf der internationalen Ebene »Mehr Demokratie wagen« ruft? Je nach Teilnahmedauer fallen Tagungskosten an.

Weitere Informationen und Anmeldung unter
[http://www.kircheundgesellschaft.de/theologische-und-gesellschaftliche-grundfragen/veranstaltungen/einzelansicht/?tx_events_pi1\[event\]=719](http://www.kircheundgesellschaft.de/theologische-und-gesellschaftliche-grundfragen/veranstaltungen/einzelansicht/?tx_events_pi1[event]=719)

nach oben

Männer als Paten von Kindern: Veranstaltung

In den vergangenen 13 Jahren sind im biffy-Patenschaftsprogramm einige hundert Männer in die Paten-Rolle eingeführt und in ihrem oft langjährigen Engagement begleitet worden. Aktuell unterstützen gut 120 Männer jeweils ein Kind, das zumeist bei einer alleinerziehenden Mutter lebt, unternehmen ein Mal in der Woche gemeinsame Freizeitaktivitäten, sind Rückhalt und vertrauter Ansprechpartner. Am 7. April 2014 findet dazu die Fachtagung: »Männer als Paten für Kinder - Chancen und Herausforderungen eines freiwilligen Engagements mit Zukunft« in Berlin statt. Veranstalter ist biffy Berlin in Kooperation mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V., und dem Netzwerk Berliner Kinderpatenschaften e.V.

Weitere Informationen unter

<http://www.paritaet-berlin.de/verband/informationen/aktuelles-detailansicht/article/maenner-als-paten-fuer-kinder-chancen-und-herausforderungen-eines-freiwilligen-engagements-mit-zuk.html>

nach oben

Lernen durch Engagement: Veranstaltung

Am 8. April 2014 findet in Frankfurt/Main das Symposium »Lernen durch Engagement - Freiwilliges Engagement an Schulen verbreiten und nachhaltig sichern« statt. Hintergrund ist ein von IN VIA und dem Deutschen Caritasverband (DCV) getragenes Projekt zur Verbreitung von Lernen durch Engagement (LdE). Präsentiert werden die Erfahrungen sowie Erkenntnisse aus dem Projekt sowie daraus resultierende Thesen dazu, was LdE in Schulen fördern kann. So zeige sich am Ende des Projektes als zentrale Herausforderung, wie Lernen durch Engagement stärker als bisher in den Strukturen der Bildungspolitik verortet werden kann. Kontinuität und damit einhergehende Nachhaltigkeit könne nur dann gelingen, wenn LdE ein konstanter Baustein der Engagementförderung im Kontext Schule ist. Anmeldeschluss für die Veranstaltung ist der 25. März 2014.

Programm unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/nl04_LdE_AS_Programm.pdf (184 kB)

Anmeldebogen unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/nl04_LdE_AS_Anmeldung.pdf (16 kB)

nach oben

Austauschforum für Freiwilligenbörsen in Bremen: Veranstaltung

Seit einigen Jahren haben sich in vielen Städten Deutschlands so genannte Freiwilligenmessen oder -börsen etabliert. Gemeinnützige Organisationen präsentieren dort ihre Engagementangebote für Interessierte, die BesucherInnen können sich von Stand zu Stand plaudern und dabei schnell feststellen, was das

richtige Engagement für sie ist. So erhalten BürgerInnen Kontakte, Einblicke und Informationen zum freiwilligen Engagement. Von Bremen geht nun die Initiative aus, ein Austauschforum für die Organisatoren von Freiwilligenbörsen und Ehrenamtsmessen zu veranstalten. Dieses findet am 9. April 2014 statt.

Weitere Informationen unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/02/Austauschforum-Freiwilligenboersen_Bremen.pdf

nach oben

Orte der Kultur und Begegnung: Wettbewerb

Bis zum 13. April 2014 sind Bewerbungen im Rahmen des Wettbewerbs »Menschen und Erfolge – Orte der Kultur und Begegnung« möglich. Orte der Kultur und Begegnung sind für die Lebensqualität ländlicher Räume wichtig und bieten zugleich vielfältige Ansatzpunkte für ehrenamtliches und zivilgesellschaftliches Engagement. Bewerben können sich laufende oder abgeschlossene Projekte, die sich für neue Kulturangebote im Ort, neue Organisationsformen und Partnerschaften bzw. Kultur und Begegnung in neuen Räumen engagieren. Eine wichtige Dimension ist dabei die Steigerung der Qualität des gebauten Umfeldes. Veranstalter des Wettbewerbs ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gemeinsam mit den Partnern Deutscher Landkreistag (DLT), Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), Deutscher Bauernverband (DBV), Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL), Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) und Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG).

Weitere Informationen unter

<http://www.menschenunderfolge.de/wettbewerb-2014/>

nach oben

Startschuss für den Deutschen Bürgerpreis

Bis zum 30. Juni 2014 kann man für den Deutschen Bürgerpreis einen engagierten Mitmenschen für die Kategorien »U21«, »Alltagshelden«, »Engagierte Unternehmer« und »Lebenswerk« vorschlagen. Das Motto in diesem Jahr heißt »Vielfalt fördern - Gemeinschaft leben!«. Gesucht werden Engagierte, die sich für gesellschaftliche Teilhabe, Toleranz und Akzeptanz einbringen. Die PreisträgerInnen erhalten Geld- und Sachpreise für ihr ehrenamtliches Projekt. Träger des Preises ist die Initiative »für mich. für uns. für alle.«, ein Bündnis aus Sparkassen, Bundestagsabgeordneten, Städten, Landkreisen und Gemeinden. Diesjährige Kooperationspartner sind die bagfa, weltbeweger und yaez.

Weitere Informationen unter

<http://www.deutscher-buergerpreis.de/home/>

nach oben

Ziekow/Debus/Musch: Informationsfreiheitsrecht

Seit 2006 regelt das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) des Bundes den Zugang zu Behördeninformationen auf Bundesebene. Wie wirkt dieses Recht nun in der Praxis? Antwort gibt die Publikation »Bewährung und Fortentwicklung des Informationsfreiheitsrechts« von Jan Ziekow, Alfred G. Debus und Elisabeth Musch, die mit der Studie der Selbstverpflichtung des Deutschen Bundestages nachkommen, das Gesetz auf wissenschaftlicher Grundlage zu evaluieren. Die Zielerreichung und die Wirkungen des IFG werden dabei sozial- und rechtswissenschaftlich untersucht. Als Grundlage der Evaluierung dienen Auswertungen der Rechtsprechung und Befragungen von Bundesbehörden und Antragstellern sowie Interviews ausgesuchter Behörden und Gerichte. Die Darlegung der Ergebnisse beinhaltet mehrere Konfliktfelder sowie Empfehlungen zur Weiterentwicklung des IFG. Die Publikation ist Teil der Reihe Schriften zur Evaluationsforschung (Band 1).

Publikation bestellen unter

<http://www.nomos-shop.de/Ziekow-Debus-Musch-Bew%C3%A4hrung-Fortentwicklung-Informationsfreiheitsrechts/productview.aspx?product=20854>

nach oben

Mitliger-Lehner: Recht für Selbsthilfegruppen

Selbsthilfegruppen sind mittlerweile Bestandteil des sozialstaatlichen Systems. Damit einher geht auch ein steigender Bedarf, Selbsthilfegruppen und Initiativen als rechtliches Konstrukt zu erfassen. Diesem Bedarf geht der Ratgeber »Recht für Selbsthilfegruppen« nach. Drei Jahre nach Herausgabe der ersten Auflage ist Ende 2013 die zweite überarbeitete und erweiterte Auflage erschienen. Der Ratgeber beantwortet u. a. Fragen wie: Wer tritt nach außen für die Selbsthilfegruppe auf? Wer unterschreibt Förderanträge? Wer haftet bei Unfällen oder Versäumnissen? Dabei werden Bezüge zum Vertretungs-, Haftungs-, Presse-, Versicherungs- und Steuerrecht hergestellt und Problemstellungen für nicht vereinsrechtliche Gruppen ausführlich behandelt. In der neuen Auflage finden sich Ergänzungen und Aktualisierungen u. a. zum Heilmittelwerbegesetz, zur Nutzung des Internets sowie zu den Themen Versicherungen und Öffentlichkeitsarbeit. Das relevante Thema Datenschutz wurde mit einem eigenen Kapitel neu aufgenommen.

Publikation bestellen unter

http://www.agspak-buecher.de/epages/15458842.sf/de_AT/?ObjectPath=/Shops/15458842/Products/%22M%20281%22

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 20. März 2014.
Redaktionsschluss ist der 13. März 2014.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Diese Ausgabe des Newsletters wird durch eine Förderung durch die Otto-Brenner-Stiftung ermöglicht.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

[Hinweis](#)

Gefördert vom:

